



Material für die Presse

Berlin, den 10. August 2005
Seite 1 von 17

„Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“ – Überblick

„Verantwortung für heute und morgen

Wohlstand und Lebensqualität für heutige und künftige Generationen zu sichern ist eine vorrangige Aufgabe nachhaltiger Politik.

Wie keine Bundesregierung vorher haben wir das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung zur Leitlinie unseres Handelns gemacht. Ausgangspunkt ist eine anspruchsvolle nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Zielen und Indikatoren, die wir zum Weltgipfel 2002 in Johannesburg vorgelegt haben. Mit diesem Wegweiser ziehen wir zum zweiten Mal Bilanz und zeigen gleichzeitig auf, in welche Richtung es bei weiteren wichtigen politischen Schwerpunkten geht.

Für eine verantwortliche und zukunftsorientierte Politik gibt es zur Orientierung am Prinzip der Nachhaltigkeit keine Alternative. Dafür braucht es einen innovativen Ansatz, der die unterschiedlichen Handlungsfelder miteinander in Einklang bringt. Bei Nachhaltigkeit geht es nicht um Umweltpolitik in einem neuen Erscheinungsbild, sondern um alle zentralen Themen unserer Zeit - um Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Bildung ebenso wie etwa um Klimaschutz, Mobilität oder die sozialen Sicherungssysteme. Eine verantwortliche Politik, die Chancen wirklich wahrnimmt, ist dabei mehr als die Summe richtiger Einzelentscheidungen. Nachhaltigkeit ist eine umfassende Modernisierungsstrategie und unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit - national wie international.

In Deutschland geht es derzeit wesentlich darum, nachhaltiges Wachstum zu erzielen - ein Wachstum, das dauerhaft einen hohen Beschäftigungsstand ermöglicht, die ökonomische Grundlage des Sozialstaats sichert und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Darüber hinaus stellt uns die demographische Entwicklung vor besondere Aufgaben. Beides sind zentrale Bereiche, zu denen wir im Wegweiser Nachhaltigkeit Antworten geben.

Unser Handeln darf aber nicht auf der nationalen Ebene stehen bleiben. Vielmehr müssen wir die globalen Bedrohungen der Menschheit durch Armut, Klimawandel und Ressourcenverknappung noch stärker auch als unsere eigene existenzielle Herausforderung begreifen. Deutschland nimmt diese Verantwortung wahr

HAUSANSCHRIFT
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11044 Berlin

TEL + 49 (0)1888 272-2030

FAX + 49 (0)1888 272-3152

cvd@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de
www.bundeskanzler.de



Seite 2 von 17

- ob in der direkten Zusammenarbeit mit anderen Ländern oder im Bereich der Vereinten Nationen.“

(Bundeskanzler Gerhard Schröder, Wegweiser Nachhaltigkeit 2005)

1. Bilanz 2005

Nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte

- Mit der **Agenda 2010** als Modernisierungsstrategie setzt die Bundesregierung die Grundsätze einer wirtschaftlich und sozial erfolgreichen nachhaltigen Politik um. Notwendige Strukturreformen bei den sozialen Sicherungssystemen und Reformen zur besseren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden vollzogen. Die Agenda 2010 konkretisiert das Leitbild der Generationenverantwortlichkeit und schafft Grundlagen für nachhaltiges Wachstum. Wichtige hierin festgelegte Reformen insbesondere in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik traten zum Jahresbeginn 2004 in Kraft.
- Wirtschaft und Politik haben 2004 den „**Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs**“ geschlossen und sich verpflichtet, jedem ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot zu machen. Mit einem Zuwachs von 15.300 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen konnte 2004 eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt erreicht werden. Für eine zukunftssichere Ausbildung der jungen Menschen hat die Bundesregierung seit 1998 **rd. 180 Berufe neu geschaffen oder modernisiert**.
- Die Bundesregierung hat **die steuerlichen Rahmenbedingungen für beschäftigungsschaffende Investitionen nachhaltig verbessert**. Bürger und Wirtschaft, vor allem der Mittelstand, wurden in einer Größenordnung von jährlich rd. 60 Mrd. € entlastet. Mit den jetzt erreichten, niedrigsten Steuersätzen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland werden die Angebotsbedingungen für Unternehmen weiter verbessert. Zugleich wird die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig gestärkt.
- Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der **Staatsausgaben** betrug von 1999 bis 2004 0,4 %. Allein im Jahr 2004 ist die Staatsquote – d.h. die Staatsausgaben in Prozent des BIP – um 1,2 Prozentpunkte auf 46,9 % und damit auf den **niedrigsten Stand seit 1991** gesunken. Das zeigt eine äußerst strikte Konsolidierungslinie an. In den kommenden Jahren wird es zu einem weiteren Rückgang der Staatsquote kommen.



Nachhaltige Energie- und Klimapolitik

- Die in Deutschland getroffenen **Maßnahmen zum Schutz des Klimas greifen**. Bis zum Jahr 2003 konnten die Treibhausgasemissionen um 18,5 % im Vergleich zum Jahr 1990 verringert werden. Mit der **Fortschreibung des Nationalen Klimaschutzprogramms** vom 18. Oktober 2000 wird Deutschland sein Kyoto-Ziel erreichen, die Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008–2012 um 21 % im Vergleich zu 1990 zu senken. Wichtige Maßnahmen sind der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Einführung des Emissionshandels, die Klimaschutzvereinbarung mit der Deutschen Wirtschaft und die Reduzierung des Energieverbrauchs in Gebäuden.
- Die **Nutzung erneuerbarer Energien** hat sich 2004 erneut positiv entwickelt. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch stieg von 3,3 % im Jahre 2003 auf 3,6 % im Jahre 2004, der Anteil am Bruttostromverbrauch von rd. 8 % auf 9,3 %, im Wärmemarkt wurden rd. 4,2 % erreicht.
- Der **Ausbau** erneuerbarer Energien **zahlt sich doppelt aus**: 1) Er schafft Arbeitsplätze: Schätzungen auf der Grundlage von Angaben der Wirtschaftsverbände der erneuerbaren Energien besagen, dass 2004 bereits 130.000 direkt und indirekt Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien tätig waren. 2) Er schützt das Klima: Im Jahr 2004 wurden durch die Verwendung erneuerbarer Energien insgesamt – einschließlich Wasserkraft – rd. 70 Mio. t CO₂ vermieden.
- Der **weltweite Ausbau der erneuerbaren Energien** ist ein Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Energiepolitik. Mit der Ausrichtung der Internationalen Konferenz *renewables 2004* und dem dort beschlossenen **Aktionsprogramm** hat die Bundesregierung weltweit einen starken und wichtigen Impuls gegeben. Die Modernisierung der Energiesysteme und der Ausbau der erneuerbaren Energien bieten gerade für die **deutsche Wirtschaft mit ihrer Spitzenstellung bei hocheffizienten Technologien und erneuerbaren Energien** einen gewaltigen Exportmarkt, der dauerhaft Wachstum und Beschäftigung sichert.
- Im Stromsektor ist der steigende Anteil erneuerbarer Energien maßgeblich auf das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** zurückzuführen. Im Wärmemarkt wirkt das „**Marktanreizprogramm zur Förderung Erneuerbarer Energien**“ als Antriebsmotor für ihre vermehrte Nutzung. Insgesamt wurden seit Beginn des Programms über die Zuschüsse für Solarkollektoren, Wärmepumpen und Biomasseanlagen bis Ende 2004 Investitionen von 3,3 Mrd. € umgesetzt.
- Deutschland hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte bei der **Energieeffizienz** gemacht. Im internationalen Vergleich liegen



wir bei der Energieproduktivität nach Japan an der Spitze. Entsprechend hat ein heute erbautes Kraftwerk einen um 20 % höheren Wirkungsgrad als ein 1985 errichtetes. Im Gebäudebereich hat sich der spezifische Heizölenergieverbrauch in zentral beheizten Mietwohnungen zwischen 1970 und dem Ende der 90er Jahre mehr als halbiert. Dieser Trend soll fortgesetzt werden: Die Bundesregierung hat beschlossen, das **KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm bis 2007 mit 360 Mio. € pro Jahr weiterzuführen.**

Nachhaltige Mobilität

- Die im Fortschrittsbericht 2004 entwickelte **Kraftstoffstrategie für alternative Kraftstoffe und Antriebstechnologien** und die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Mobilitätspolitik der Bundesregierung zeigen Wirkung. Bei den Zielen Versorgungssicherheit (weniger Abhängigkeit vom Öl), Klimaschutz und Schadstoffreduzierung hat das Land einen wichtigen Schritt nach vorne getan: Beispiele hierfür sind:
 - Der Beitrag erneuerbarer Energien zur Kraftstoffversorgung stieg allein zwischen 2003 und 2004 von rd. 1,2 % auf 1,6 %.
 - Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der Wirtschaft wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung und Markteinführung synthetischer Biokraftstoffe (BtL) geschaffen. Beispiele sind zukunftsweisende Pilotanlagen, die Arbeiten an einer BtL-Realisierungsstudie und die BtL-Informationsplattform.
 - Die Forschung und Entwicklung von Hybridmotoren, Biomasse-Brennstoffen und Wasserstoff-Motoren wird intensiv in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft gefördert.
 - Seit 1999 konnten die CO₂-Emissionen im Verkehr um 15 Mio. t gesenkt werden. Einen wichtigen Beitrag hierzu haben die ökologische Steuerreform und die Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie erbracht.
 - Der Schadstoffausstoß deutscher LKWs ist allein seit 2000 um ein Viertel gesunken.
 - Beim Reifen-Fahrbahnkontakt konnte der Geräuschpegel um 3 dB (A) gesenkt werden. Dies kommt in der Wahrnehmung des Menschen etwa einer Halbierung des Verkehrsflusses auf der Straße gleich.
 - Mit dem Gesetzentwurf zur Förderung besonders partikelarmer PKW, der Gesetzesinitiative für ein Fluglärmgesetz und dem Lärmsanierungskonzept für Schienenwege zielt die Bundesregierung auf weitere Minderungen von Belastungen durch Schadstoffe und Lärm.



Nachhaltige Siedlungsentwicklung

- Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 die **Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen** auf höchstens 30 ha pro Tag zu verringern (nationale Nachhaltigkeitsstrategie 2002). Im Fortschrittsbericht 2004 hat die Bundesregierung eine Konzeption zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme entwickelt und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung festgelegt. Die durchschnittliche tägliche Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr ist von 130 ha (1999) auf 93 ha (2003) zurückgegangen.
- Demografischer Wandel und Wanderungsbewegungen lassen manche Städte und Gemeinden schrumpfen. Um auch in Zukunft ein lebenswertes Umfeld zu erhalten, verfolgt die Bundesregierung eine **Doppelstrategie für die Siedlungs- und Stadtentwicklung**: Leerstand wird mit dem Abriss von qualitativ minderwertigen Wohngebäuden gezielt angegangen und mit Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Innenstädten kombiniert. Diese Entwicklung wird z. B. mit den Programmen „Stadtumbau Ost“ (2005 rd. 137 Mio. €), Programm „Stadtumbau West“ (2005 40 Mio. €), Programm „Soziale Stadt“ (2005 rd. 71 Mio. €) unterstützt.
- Die Bundesregierung unterstützt die **Entwicklung von angepassten Konzepten** mit unterschiedlichen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. So zielt der Förderschwerpunkt **„Personennahverkehr für die Region“** z. B. auf Fragen ab, durch welche alternative Bedienungsformen ein optimales Verkehrsangebot im ländlichen Raum erzielt werden kann.

Nachhaltige Bildung, Forschung, Innovation

- Gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft hat die Bundesregierung die **Initiative „Partner für Innovation“** gestartet, um eine neue Innovationskultur anzustoßen, Deutschland seinen Spitzenplatz unter den führenden Technologiestandorten sichern und um Zukunftsmärkte zu identifizieren und zu erschließen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen zwischen 1998 und 2003 von 2,27 % auf 2,51 % des BIP an.
- **Nachhaltigkeit als Motor für Innovation:** Deutschland ist mittlerweile mit 16 % der zweitgrößte Exporteur auf dem Weltmarkt für Umweltgüter und -dienstleistungen nach den USA und vor Japan. Rd. 1,5 Mio. Menschen, d. h. etwa 3,8 % aller Beschäftigten, sind in diesem Markt tätig. 2003 förderte die Bundesregierung fast 1.900 kleine und mittlere Unternehmen im Forschungsbereich. Das sind rd. 14,3 % mehr als noch 2001. In einer Reihe von Programmen, z. B. für Biotechnologie und Produktionsforschung, erhalten KMU den überwiegenden Anteil der Fördermittel. Die Bundesregierung fördert integrierte Nachhaltigkeitsforschung mit 30 Mio. €.



Seite 6 von 17

- **Nachhaltigkeit in der Bildung heißt breit angelegte, fundierte Bildung.** Dies schließt insbesondere sozial schwache und bisher bildungsferne Schichten ein, damit diese nicht vom Erwerbsleben und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen bleiben. Notwendig ist dabei die frühe Förderung der Kinder. Die Maßnahmen:
 - Mit dem 2003 mit den Bundesländern vereinbarten Programm zum **Auf- und Ausbau von Ganztagschulen** stellt der Bund bis 2007 insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung. Dies ist das bisher größte Investitionsprogramm für Schulen in Deutschland. Im Schuljahr 2005/2006 werden bereits 5.000 Schulen neue Ganztagsangebote zur Verfügung stehen.
 - Mit dem **Tagesbetreuungsausbaugesetz** wird für einen bedarfsgerechten und qualitätsorientierten **Ausbau der Kinderbetreuung** insbesondere für die unter 3-Jährigen gesorgt. Der Bund stellt den Kommunen hierfür jährlich weitere 1,5 Mrd. € zur Verfügung. Bis 2010 sollen auf diese Weise mindestens 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze entstehen.
 - Im Hochschulbereich hat die Bundesregierung mit der Einführung der **Juniorprofessur** die Möglichkeit eröffnet, schon mit Anfang 30 selbständig zu forschen und zu lehren. Die flächendeckende **Einführung des gestuften Bachelor-Master-Studiensystems** ist ein Hebel zur stärkeren Internationalisierung der deutschen Hochschulen. Im Sommersemester 2005 werden an deutschen Hochschulen 2.934 Studiengänge angeboten, davon 1.453 Bachelor- und 1.481 Master-Studiengänge, viele in englischer Sprache.
 - Der Weg für mehr Spitzenforschung in Deutschland wurde mit der **Exzellenzinitiative**, einer Initiative der Bundesregierung, frei. Insgesamt 1,9 Mrd. € stehen dafür bis 2011 bereit, zu 75 % finanziert durch den Bund. In einem wissenschaftlichen Wettbewerb sollen bis zu zehn Spitzenuniversitäten ausgewählt werden, die jeweils durchschnittlich 21 Mio. € jährlich zusätzlich erhalten.
- **Forschung für die Nachhaltigkeit:** Mit dem rd. 800 Mio. € umfassenden **Rahmenforschungsprogramm gleichen Namens** fördert die Bundesregierung gezielt die Erforschung, Umsetzung und Vermittlung von Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltige Sozialpolitik

Die von der Bundesregierung schon umgesetzten oder bereits eingeleiteten Reformen der Sozialversicherungssysteme im Rahmen der Agenda 2010 erhalten die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und haben sie für die Zukunft sicherer gemacht.



Seite 7 von 17

- **Das Gesetzliche-Krankenversicherungs-Modernisierungsgesetz (GMG).** Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung wurde stabilisiert und die bis Ende 2003 entstandene Verschuldung der Krankenkassen erheblich reduziert. Bereits über 31 Mio. Versicherte profitieren finanziell von sinkenden Krankenkassenbeiträgen. In den nächsten Jahren wird sich das Einsparpotenzial aus der Gesundheitsreform noch schrittweise auf 14 bis 15 Mrd. € erhöhen.
- Die im **Präventionsgesetz** verankerten Maßnahmen zielen darauf ab, die Gesundheit der Menschen nachhaltig zu verbessern. Es geht um eine vorausschauende Gesundheitspolitik, die z. B. auch Bildungs-, Sporteinrichtungen, Seniorenheime und Betriebe einschließt.
- Die **soziale Pflegeversicherung** wurde zukunftssicherer gemacht. Das neue Kinderberücksichtigungsgesetz trägt dem gesellschaftlichen Beitrag von Eltern Rechnung, kinderlose Mitglieder zahlen seit Januar 2005 mehr.
- In der **gesetzlichen Rentenversicherung** wurde mit dem RV-Nachhaltigkeitgesetz Generationengerechtigkeit verankert. Durch die Rentenreformen wird der Beitragssatz stabilisiert. Er soll bis zum Jahre 2020 nicht über 20 % und bis 2030 nicht über 22 % steigen.

Nachhaltige Familienpolitik

Familien sollen sich in Deutschland gut aufgehoben fühlen, Menschen sich ihre Kinderwünsche erfüllen können. Eltern und Kinder sollen von einer besseren Infrastruktur und zielgerechter Förderung profitieren und an Lebensqualität gewinnen. Die Bundesregierung sorgt mit einer nachhaltigen Familienpolitik dafür, dass Deutschland bis 2010 Vorbild in Hinblick auf Familienfreundlichkeit wird. Sie hat hierfür folgende Maßnahmen ergriffen:

- Unter dem Motto „**Allianz für die Familie**“ werden seit Mitte 2003 mittelfristig angelegte Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt. Für die Ziele der Allianz wurde prominente Unterstützung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften gewonnen.
- Am 1. Januar 2005 ist das **Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung** für Kinder in Kraft getreten. Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot für alle Altersgruppen. Das Betreuungsangebot für die unter 3-Jährigen in Westdeutschland soll verbessert werden, während zugleich der hohe Versorgungsgrad in Ostdeutschland gehalten wird. Bis 2010 soll das Angebot an Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren quantitativ und qualitativ mit dem westeuropäischen Niveau gleichziehen. Die **Tagespflege als eigenständiges**



Modell der Kinderbetreuung soll gestärkt werden mit verbindlichen Kriterien zu ihrer Qualitätssicherung. Das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung sieht begleitende Weiterqualifizierungen und Evaluierungen der einzelnen Pflegestellen vor.

- Nachhaltige Familienpolitik muss im unmittelbaren Lebensumfeld von Familien greifen: im Betrieb, am Wohnort, in der Region. In „**Lokalen Bündnissen für Familie**“ engagieren sich Politik und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, Kirchen, soziale Einrichtungen, Vereine und Verbände für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort. Zwischen Januar 2004 und Juni 2005 haben sich bereits 162 Bündnisse der Initiative angeschlossen. Weitere 160 Bündnisse sind in Vorbereitung.
- Die Bundesregierung hat die **finanzielle Förderung der Familien** erheblich verbessert, und zwar von rd. 40 Mrd. € im Jahr 1998 auf ca. 60 Mrd. € im Jahr 2005. Hinzu kommen die Entlastungen durch die große Steuerreform, deren letzte Stufe am 1. Januar 2005 wirksam geworden ist. Dadurch wird z. B. eine Familie mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2) und einem Jahresbruttolohn von 30.000 € im Vergleich zu 1998 jährlich insgesamt um rd. 2.400 € entlastet.
- Der im Januar 2005 eingeführte **Kinderzuschlag** reduziert Kinderarmut, da er sich in erster Linie an gering verdienende Eltern mit mindestens einem Einkommen richtet.
- Die Bundesregierung hat beschlossen, das Erziehungsgeld haushaltsneutral zu einem **Elterngeld** weiterzuentwickeln, um durch die Kinderbetreuung bedingte Einkommensausfälle teilweise auszugleichen.

Nachhaltige Politik für ältere Menschen

Im Fortschrittsbericht 2004 hat die Bundesregierung die stärkere Nutzung der Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft zum Schwerpunktthema nachhaltiger Politik erhoben. Es geht um die Frage, wie die Chancen des demographischen Wandels aktiv gestaltet werden können. Die Bundesregierung hat eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet:

- Mit der Verabschiedung des Gesetzes zu Reformen am Arbeitsmarkt, der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, des Teilzeit- und Befristungsgesetzes und des RV-Nachhaltigkeitgesetzes hat die Bundesregierung **die Attraktivität von Vorruhestand/Frühverrentung vermindert sowie Anreize für Beschäftigung und Einstellung älterer Arbeitnehmer geschaffen**. Erste Anzeichen einer Trendwende sind erkennbar: Das durchschnittliche Eintrittsalter bei Altersrenten liegt nun bei 63,1 Jahren (1998: 62,2).



Seite 9 von 17

- Um die Erwerbsbeteiligung Älterer zu erhöhen, hat die Bundesregierung **die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** insgesamt verbessert. So kann u. a. der Arbeitgeber bei der Einstellung eines älteren Arbeitnehmers einen Lohnkostenzuschuss erhalten; für Arbeitnehmer, die das 52. Lebensjahr vollendet haben, sind befristete Arbeitsverträge unter erleichterten Voraussetzungen möglich.
- Mit einer neuen Initiative will die Bundesregierung die Beschäftigungschancen älterer Arbeitsloser weiter erhöhen. Dazu sollen **Beschäftigungspakte** mit der Wirtschaft und den Ländern und in den Regionen vereinbart werden. Bis zu 50.000 Zusatzjobs (z. T. gemeinsam von Bund und Ländern finanziert) sollen für die Bezieher von Arbeitslosengeld II ab Vollendung des 58. Lebensjahres geschaffen werden. Die Bundesregierung fördert bis zu 50 innovative, regionale/lokale Eingliederungskonzepte für ältere Langzeitarbeitslose mit jeweils bis zu 5 Mio. €.
- **Lebenslanges Lernen** ist eine wichtige Voraussetzung, damit Menschen länger erwerbstätig bleiben können. Bund und Länder haben in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im Juli 2004 die „**Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland**“ verabschiedet. In dem Anfang 2001 auf den Weg gebrachten Aktionsprogramm „Lebensbegleitendes Lernen für alle“ sind die Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsmaßnahmen des Bundes zu diesem Thema zusammengefasst und aufeinander bezogen. Den Kern des Aktionsprogramms bildet das **Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“**. Es unterstützt den Aufbau und die Weiterentwicklung übergreifender regionaler Netzwerke. Bundesweit sind über 70 entsprechende Regionen eingerichtet worden.
- **Wahrnehmungen ändern:** Die Chancen des demografischen Wandels kommen in der öffentlichen Wahrnehmung bislang zu kurz. Um ein Umdenken in der Gesellschaft einzuleiten, hat die Bundesregierung im Juni 2005 die Kommunikations-Initiative „Erfahrung ist Zukunft“ gestartet (www.erfahrung-ist-zukunft.de).

Nachhaltige Politik für eine gesunde Ernährung

Nachhaltigkeit in der Gesundheitsvorsorge heißt auch Wahrnehmung individueller Verantwortung für das eigene Leben. Durch den von der Bundesregierung eingeleiteten Wandel in der Verbraucher- und Ernährungspolitik ist gesunde Ernährung wieder Thema in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte geworden. Um die Folgeerscheinungen von Fehlernährung – Übergewicht und Krankheiten – gar nicht erst auftreten zu lassen, setzt die Bundesregierung auf verschiedenen Feldern an, z. B. durch:



Seite 10 von 17

- **Netzwerke schaffen** wie durch die seit 2003 laufende Kampagne „Besser Essen. Mehr Bewegen – KINDERLEICHT“, die Plattform „Ernährung und Bewegung e. V.“ und die Kampagne „Fit im Alter – Gesund essen, besser leben.“
- **Umweltverträgliche Produktion gesunder und sicherer Lebensmittel:** Die Unterstützung umweltverträglicher Lebensmittelproduktion sowie die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für gesunde und sichere Lebensmittel werden von der Bundesregierung fortgesetzt. Mittlerweile über 25.000 Lebensmittel tragen das staatliche Bio-Siegel.
- **Eine neue Bewegungskultur initiieren:** Das umfangreiche Beratungs- und Informationsangebot der Bundesregierung zu gesundheitsförderlichen Lebensstilen wird zukünftig verstärkt die Themen gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung umfassen. Die bundesweite Aktion "Deutschland wird fit. Gehen Sie mit.", die im Mai 2005 gestartet ist, regt zu mehr Bewegung und damit zu mehr Gesundheit in Deutschland an.

Globale Verantwortung

- Die Sicherheit unseres Landes im 21. Jahrhundert hängt auch davon ab, ob wir die globalen Bedrohungen, vor denen die Menschheit steht, ihre Ursachen und Folgen erkennen und wirksam bekämpfen. Bevölkerungsdruck, Armut, Hunger und Durst, tödliche Infektionskrankheiten, Ressourcenverknappung und -abhängigkeit, Klimawandel, Zerstörung der Umwelt und empfindlicher ökologischer Gleichgewichte sind für Abermillionen von Menschen bedrohliche Realität und bergen wachsende Risiken für Stabilität und Frieden. Globale Verantwortung ist daher eine der tragenden Säulen nachhaltiger Entwicklung. Die Bundesregierung hat in diesem Kontext eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen:
 - Sie setzt sich für die Stärkung und tiefgreifende **Reform der Vereinten Nationen** ein. Dabei will sie auch die Politik für nachhaltige Entwicklung institutionell stärker verankern und die Architektur der UN-Umweltpolitik an die neuen Herausforderungen anpassen; die UNEP soll zu einer UN-Umweltorganisation aufgewertet werden.
 - Mit ihrem verstärkten Engagement in internationalen **Friedenseinsätzen** hilft die Bundesregierung die Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung in Regionen wie etwa Afghanistan oder auf dem Balkan zu schaffen.
 - Die Bundesregierung hat den Prozess der Schaffung internationaler Leitlinien zum **Recht auf Nahrung** mit initiiert sowie finanziell und inhaltlich wesentlich mitgestaltet – teilweise gegen harte Widerstände in und außerhalb der EU.



- Die Bundesregierung fördert die Zusammenarbeit im Umweltbereich in unterschiedlichen regionalen und internationalen Kontexten als Instrument zur Krisen- und Konfliktprävention. Ein Schwerpunkt ist dabei die **Wasserpolitik**; hier ist Deutschland weltweit zweitgrößter bilateraler Geber.

- **Globales Sicherheitsrisiko Klimawandel:** Die Bundesregierung stellt sich dieser Verantwortung auf allen Ebenen der internationalen Zusammenarbeit. Das **Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 16. Februar 2005** war ein Durchbruch für den internationalen Klimaschutz und auch ein Erfolg der deutschen Umwelt-Außenpolitik – die Bundesregierung hat sich mit Nachdruck für die entscheidende Ratifikation durch Russland eingesetzt.

Die Bundesregierung hält eine Weiterentwicklung der Kyoto-Ziele und Aktionsfelder über 2012 hinaus für erforderlich. Sie schlägt für die EU ein Reduktionsziel von 30 % bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 vor und erklärt sich unter dieser Voraussetzung zu einem Beitrag von minus 40 % bereit.

- **Mehr Hilfe zur Selbsthilfe:** Deutschland hat zugesagt, die deutschen Entwicklungsleistungen bis 2006 auf 0,33 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Im Rahmen des neuen Stufenplans der EU-Mitgliedstaaten hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2010 eine Quote von 0,51 % und bis 2015 eine Quote von 0,7 % zu erreichen.
- **Nachhaltige Gestaltung des Welthandels:** Die Bundesregierung setzt sich für die nachhaltige Gestaltung des Welthandels ein. Sie hält einen Abschluss der seit 2001 laufenden sog. Doha-Runde der WTO zur weiteren Liberalisierung des Welthandels, zur Stärkung des WTO-Regelwerks und zur besseren Integration der Entwicklungsländer in das Welthandelssystem bis 2006 für erreichbar. Der Schlüssel zum Erfolg wird darin liegen, Sonderregeln zu entwickeln, die maßgeschneidert die Stärken und Schwächen der unterschiedlich weit entwickelten Länder berücksichtigen. Unabhängig von den WTO-Verhandlungen verbindet die Bundesregierung mit dem **Konzept "Fairer Handel"** handels- und entwicklungspolitische Aspekte mit sozialen und Umweltaspekten. Ziel ist es, die Kette zwischen Produzenten und Verbrauchern so kurz wie möglich zu halten und den Produzenten möglichst direkten Zugang zu den Märkten zu ermöglichen.
- **Katastrophen vorbeugen:** Die Bundesregierung engagiert sich für die Verbesserung von Katastrophen-Frühwarnsystemen. Bereits 1998 und 2003 veranstaltete sie zu diesem Thema zwei internationale Konferenzen. Eine dritte internationale Frühwarnkonferenz findet im März 2006 in Bonn statt. Nach der Tsunami-Katastrophe hat die Bundesregierung Vorsorgeaktivitäten in der betroffenen Region unterstützt. Ein von der deutschen Wissenschaft entwickel-



tes Frühwarnsystem im Indischen Ozean fand international große Beachtung. Angesichts der verheerenden Folgen des Tsunami hat die Bundesregierung für Maßnahmen der humanitären Hilfe und des nachhaltigen Wiederaufbaus 500 Mio. € in den nächsten 3–5 Jahren angekündigt. Schwerpunktländer der deutschen Unterstützung sind Indonesien und Sri Lanka.

2. Weitere Perspektiven einer nachhaltigen Politik

Moderne Stromversorgung/Integration der erneuerbaren Energien

- Die Einleitung einer **nachhaltigen Energiepolitik** wird eines der wichtigsten Projekte der Bundesregierung bleiben. Kernelemente sind die Steigerung der Energieeffizienz durch moderne Technologien, der Ausstieg aus der risikobehafteten Kernenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien.
- Die Stromversorgung in Deutschland steht vor einer wichtigen **Modernisierungsphase**. Von der derzeit installierten Kraftwerkskapazität von 120.000 MW wird bis zum Jahr 2020 voraussichtlich rd. ein Drittel vom Netz gehen. Dies schafft Raum für Investitionen in hocheffiziente Technologien und neue Strukturen.
- Bei der **Steigerung der Energieeffizienz im Stromsektor** gibt es nach wie vor große und kostengünstige Potenziale. Dies gilt einerseits für die Nutzung von Strom, etwa durch energiesparende Haushaltsgeräte oder moderne Heizungspumpen. Andererseits lässt sich aber auch der Wirkungsgrad der Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung, Gas- und Dampfturbinen (GuD) oder effiziente Kohletechnologien weiter deutlich steigern. Wichtige Maßnahmen für einen zukunftsfähigen fossilen Kraftwerkspark sind das COORETEC-Forschungsprogramm, die ökonomischen Modernisierungsanreize beim Emissionshandel, die Klimaschutzvereinbarung mit der deutschen Wirtschaft oder das Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.
- Beim **Ausbau der erneuerbaren Energien** hat die Bundesregierung für den Stromsektor **konkrete Ziele** formuliert: Ihr Anteil am gesamten Stromverbrauch soll bis 2010 auf mindestens 12,5 % und bis 2020 auf mindestens 20 % erhöht werden. Zentrales Instrument zur Erreichung dieser Ziele ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Das EEG schafft Planungssicherheit für Investitionsentscheidungen, setzt Innovationsanreize und trägt dazu bei, dass erneuerbare Energien mittel- bis langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit am Markt erreichen.



- Eine zentrale Rolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien wird insbesondere der **Windenergie auf See** zukommen. Die von der Deutsche Energie-Agentur (dena) gemeinsam mit den Energieversorgungsunternehmen, den Vertretern der erneuerbaren Energien und den zuständigen Bundesministerien im Jahr 2005 erarbeitete Studie zeigt: Die **Netzintegration der Windenergie** ist technisch und wirtschaftlich machbar, **die Sicherheit und Reibungslosigkeit** der Stromversorgung kann dauerhaft auf hohem Niveau erhalten werden. Das Ausbauziel der Bundesregierung für die erneuerbare Stromerzeugung ist realistisch.
- **Kurz- und mittelfristig** verursacht der Windenergieausbau zusätzliche Kosten. Dem stehen jedoch auch Kosteneinsparungen gegenüber, etwa über die geringeren Brennstoffkosten. **Langfristig** überwiegen die **wirtschaftlichen Vorteile** der Windenergie, gerade auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit und die Exportchancen der deutschen Wirtschaft.

Nachwachsende Rohstoffe – für neue Produkte und wachsende Märkte

- Nachwachsende Rohstoffe (z. B. tierische Fette, pflanzliche Öle, Stärke) können einen **wichtigen Beitrag** zu einer **nachhaltigen Rohstoff- und Energieversorgung** leisten, wenn sie kostengünstig, in ausreichenden Mengen und nachhaltig hergestellt werden. Sie tragen dazu bei, Deutschland als Technikstandort zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie neue Exportmärkte zu erschließen.
- Die Bundesregierung hat eine Experten-Arbeitsgruppe eingesetzt, um Einsatzgebiete für die **stoffliche Nutzung** nachwachsender Rohstoffe zu identifizieren und zu prüfen, wie mit geeigneten Maßnahmen die Markteinführung nachwachsender Rohstoffe verbessert werden kann. Die Arbeitsgruppe hat neue **Nutzungsfelder von nachwachsenden Rohstoffen identifiziert**, bei denen ein erhebliches Wachstumspotenzial besteht.
- Um die **innovativen Potenziale** von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen verstärkt zu nutzen, sind insbesondere **gefordert**:
 - die Landwirtschaft, indem sie eine qualitativ hochwertige und verlässliche Rohstoffversorgung zur Verfügung stellt,
 - die Industrie, indem sie Forschung, Entwicklung und Markteinführung von ökonomisch aussichtsreichen Produkten vorantreibt,
 - die Hochschulen, indem sie das Thema nachwachsende Rohstoffe stärker als bisher in Forschung und Lehre verankern,



- die Verbraucherinnen und Verbraucher, indem sie bewusste Kaufentscheidungen zugunsten von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen treffen,
 - die öffentlichen Einrichtungen, indem sie Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen bei der Beschaffung besonders berücksichtigen.
- Die Bundesregierung fördert anwendungsorientierte **Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben** 2005 mit 27 Mio. €, für **Markteinführungsprogramme** stellt sie im selben Jahr 16 Mio. € zur Verfügung. Auf EU-Ebene wird sie sich u. a. für die Ergänzung der nationalen Aktivitäten durch Schwerpunktsetzungen bei der EU-Forschungspolitik und die Entwicklung einer europäischen Strategie zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe einsetzen: Die Markteinführung soll durch den **Abbau von ordnungsrechtlichen und anderen Hemmnissen** unterstützt werden. Die Rahmenbedingungen sollen daraufhin überprüft werden, ob sie innovative Lösungen zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe begünstigen oder ihnen im Wege stehen. Ferner sollte die Information über das Potenzial nachwachsender Rohstoffe intensiviert werden.

Zukunftsfähige Waldwirtschaft – ökonomische Perspektiven entwickeln

- Die bestehende **Bund-Länder-Strategie „Forstwirtschaft und Biologische Vielfalt“** hat zum Ziel, das Bewirtschaftungskonzept des naturnahen Waldbaus weiter zu verbreiten und mit der Umsetzung des Waldschutzgebietskonzeptes abzurunden. Mit einer **Novellierung des Bundeswaldgesetzes** sollen die Weichen in Richtung naturnaher Waldwirtschaft und Sicherung der biologischen Vielfalt bei gleichzeitiger Stärkung der Handlungsspielräume der Forstbetriebe gestellt werden.
- Die Bundesregierung will die Einkommens- und Beschäftigungspotenziale der Forst- und Holzwirtschaft erhöhen. Eine verstärkte **Holznutzung** soll dazu beitragen, die Einkommenssituation der Forstbetriebe zu verbessern. Ein größerer Absatz von Holz wird durch die „**Charta für das Holz**“ mit stimuliert, die die Bundesregierung initiiert und mit den Ländern, der Wirtschaft und den Verbänden vereinbart hat.
- Das zur Umsetzung der Holzcharta entwickelte **Maßnahmenpaket** umfasst neben **Forschung und Entwicklung die Steigerung der Nachfrage** nach heimischem Holz sowie **die qualitative und quantitative Optimierung** des Holzangebots. Weitere Maßnahmen zielen z. B. auf:



- **Verbreiterung der Einkommensbasis der Forstwirte:** Sanfter, nachhaltiger Tourismus z. B. kann ein wesentlicher Faktor für die regionale Entwicklung im ländlichen Raum sein. Weitere innovative Geschäftsfelder sind Gesundheitsvorsorge, Umweltbildung und in der Freizeitgestaltung. In einem von der Bundesregierung initiierten Modellvorhaben „**Innovative Waldprodukte**“ wird praxisnah demonstriert werden, wie Forstbetriebe neue Produkte und Dienstleistungen rund um den Wald entwickeln und vermarkten können.
- **Bessere Berücksichtigung in der Raumplanung:** Im Leuchtturmprojekt „**Zusammenhängende Waldgebiete**“ initiiert die Bundesregierung ein Forum, in dem ergänzende Grundlagen für die Raumplanung erarbeitet werden. Ziel hierbei ist die Optimierung der nachhaltigen Sicherung von natürlichen Lebensräumen bei der überregionalen Infrastrukturplanung
- **Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung für den Wald:** Im Dialogprozess „**Nationales Waldprogramm Deutschland**“ wurde begonnen, den Kreis der Mitwirkenden an der Waldpflege und -nutzung zu öffnen. Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ der UNESCO initiiert die Bundesregierung das Modellprojekt **Leuchtturmprojekt „Nachhaltige Waldwirtschaft macht’s vor“**. Unterstützt von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald wird hier regional demonstriert, wie die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimension nachhaltiger Waldwirtschaft als Leitbild für nachhaltiges Handeln in allen Bereichen der Gesellschaft vermittelt werden kann.
- **Wald international schützen:** Die Bundesregierung setzt sich in vielen internationalen und EU-Initiativen und in ihrer bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, den Schutz von Naturwäldern und Maßnahmen gegen den zunehmenden illegalen Holzeinschlag ein. Dazu gehören Maßnahmen zur Überwindung der eigentlichen Ursachen der Waldzerstörung, z. B. Armut, Unterernährung und Landlosigkeit.

Auf nationaler Ebene bereitet die Bundesregierung ein **Gesetz zum Schutz der Urwälder** vor, das den Besitz und die Vermarktung von illegal in Urwäldern eingeschlagenem Holz verbietet. Im Projekt „Holzherkunft erkennen“ organisiert die Bundesregierung die Entwicklung praxistauglicher Methoden zur verbesserten Identifikation von Holzherkünften.



Biologische Vielfalt schützen und nutzen

Ziel der Bundesregierung ist es, den Verlust an Artenvielfalt aufzuhalten und eine Trendwende einzuleiten. Zu diesem Zweck wurden folgende Maßnahmen eingeleitet bzw. sind in Vorbereitung:

- Deutschland hat sich im Rahmen der Beschlüsse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg und des EU-Rats 2001 von Göteborg verpflichtet, den **Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2010 zu beenden**. Grundlage für die Umsetzung wird die **nationale Strategie zur biologischen Vielfalt** sein, die derzeit zur Erfüllung des **UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt** entwickelt wird.
- Da Erhalt und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt eine globale Herausforderung sind, unterstützt Deutschland im Rahmen der **Entwicklungszusammenarbeit** Partnerländer bei der Umsetzung ihrer international eingegangenen Verpflichtungen.
- Als Folge der von der Bundesregierung maßgeblich unterstützten **Reform der europäischen Agrarpolitik** wird die Gewährung der Agrarbeihilfen zukünftig an die Einhaltung bestimmter Mindestanforderungen gebunden. Hierbei steht die Sicherung einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise im Mittelpunkt. Mit der in Deutschland eingeführten Flächenprämie gibt es auch einen ökonomischen Anreiz für extensiv wirtschaftende Grünlandbetriebe mit geringem Tierbesatz. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wurde 2002 das Projekt „**Regionen aktiv**“ gestartet, das sehr erfolgreich lokale Initiativen für eine nachhaltige ländliche Entwicklung fördert. Die Gemeinschaftsaufgabe „**Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes**“ (**GAK**) als wichtiges nationales Förderinstrument wurde so umgestaltet, dass umweltverträgliche Landwirtschaft, nachhaltige ländliche Entwicklung und in diesem Rahmen auch die regionale Vermarktung gefördert werden.

Im Rahmen von Modellversuchen wird es beispielsweise um die **Wiedereinführung traditioneller, vom Aussterben bedrohter Pflanzensorten** gehen. Sammlungen von biologischem Material, Datenbanken und Informationssystemen sollen aus Vorsorgegründen weiter ausgebaut und auf europäischer und internationaler Ebene abgestimmt werden.

- In der **EU-Fischereipolitik** setzt sich die Bundesregierung für eine umfassende Integration von Umwelt- und Naturschutz ein. Notwendig ist vor allem eine weitere **Reduzierung der Überkapazitäten bei den Fischereifloten sowie die Entwicklung und Förderung umweltschonender und selektiver Fangmethoden**. Daneben sollten Meeresschutzgebiete geschaffen werden, in denen sich die Vielfalt der maritimen Lebenswelt ungestört entwickeln kann. Die Bundesregierung unterstützt die Einführung eines **Um-**



weltsiegels für Fischerei und Fischereiprodukte. Damit erhalten die Verbraucherinnen und Verbraucher eine wichtige Entscheidungshilfe, um mit ihrem Kaufverhalten dazu beizutragen, die Vielfalt der maritimen Lebenswelt zu erhalten.

- In den Regionen müssen Konzepte dafür entwickelt werden, wie Schutzgebiete als wirtschaftliche Basis für den **Tourismus** auch an dessen Ertrag finanziell beteiligt werden können. Die Bundesregierung unterstützt hierfür u. a. einen Modellversuch, bei dem innovative und naturgerechte Waldprodukte entwickelt und getestet werden.